



"AUSLAENDER IN DER GEMEINDE"

PRESSEGESPRÄCH vom 4. Mai 1979

Sperrfrist ..... 4. Mai 1979  
12.00 Uhr

EINLEITENDES VOTUM

von

Herrn Bundesrichter Dr. Rolf RASCHEIN,  
Präsident der Eidgenössischen Konsultativkommission  
für das Ausländerproblem (EKA)

\* \* \*

An unserem letzten Pressegespräch vom 14. Februar 1978 haben wir Ihnen einen Bericht vorgestellt, in welchem unsere Kommission ihre Vorstellungen darüber entwickelt hat, welchen Beitrag die Sozialpartner - d.h. die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerorganisationen sowie die Firmen - für die bessere Eingliederung der Ausländer in unsere Gesellschaft leisten können. Soviel wir heute feststellen können, hat dieser Bericht im grossen und ganzen in der Öffentlichkeit ein durchaus positives Echo gefunden. Dafür gebührt vor allem Ihnen Dank. Sie haben mitgeholfen, unsere Empfehlungen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Eine beachtliche Zahl von Einzelpersonen, Firmen, Verbänden und sonstigen Organisationen fanden sich bereit, zu prüfen, wie weit sie unseren Empfehlungen im Alltag, am Arbeitsplatz und in der Freizeit, Rechnung tragen können oder wollen. Ohne heute eine Bilanz ziehen zu können, wie weit unsere gemeinsamen Bemühungen Früchte getragen haben, dürfen wir feststellen, dass sich da und dort erfreuliche Ansätze gezeigt haben.

./.

Das Projekt, das wir Ihnen heute vorstellen möchten, versucht auf einer anderen Ebene Möglichkeiten aufzuzeigen, wie das Zusammenleben von Schweizern und Ausländern besser, reibungsloser und für beide Seiten angenehmer gestaltet werden kann, nämlich in unseren Gemeinden.

#### Zur Kommissionstätigkeit

Bevor wir darauf näher eingehen, möchte ich Sie kurz über die Tätigkeit der EKA in den vergangenen 15 Monaten orientieren.

Erlauben Sie mir, Ihnen eingangs die Arbeitsweise unserer Kommission in Erinnerung zu rufen.

Die Gesamtkommission besammelt sich normalerweise zu zwei jährlichen Sitzungen im Frühjahr und im Herbst. Sie behandelt die Geschäfte, die ihr von den drei ständigen Arbeitsgruppen und vom geschäftsleitenden Ausschuss zur Verabschiedung unterbreitet werden und lässt sich jeweils über den Stand der Abklärungen in den einzelnen Kommissionsgremien und über weitere Ausländerfragen orientieren.

In der Maisitzung 1978 verabschiedete die Plenarkommission die Vernehmlassung zur Frage der Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta durch die Schweiz. Dabei gelangte sie zum Ergebnis, aus ausländerrechtlicher Sicht stehe einer Ratifizierung nichts im Wege. Die grundsätzliche Frage des Beitrittes der Schweiz wurde mehrheitlich bejaht.

In der Herbstsitzung standen das Projekt "AUSLAENDER IN DER GEMEINDE", das neue Ausländergesetz und die Vorführung des audio-visuellen Informationsprogrammes "Wir in der Schweiz" auf der Traktandenliste.

Der Ausschuss befasste sich neben der Vorbereitung der Plenarschäfte vor allem mit der Frage des Erwerbs des Schweizer Bürgerrechts, mit der Handhabung des Saisonierstatutes, mit der Schwarzarbeiterfrage und mit Eingliederungsproblemen der Flüchtlinge. Im weitem liess er sich zur Fremdarbeiterverordnung 1978/79 vernehmen und unternahm Abklärungen zum Begriff des ausgewogenen Verhältnisses zwischen dem Bestand der schweizerischen und dem der ausländischen Wohnbevölkerung. Letztere sind als Arbeitshilfe für das Parlament bei der Beratung des neuen Ausländergesetzes gedacht.

In den drei Arbeitsgruppen stehen zur Zeit die kulturellen Aspekte des Ausländerproblems, die Schaffung von Informationsschriften für Ausländer, die in der Schweiz arbeiten wollen bzw. neu zugelassen werden sowie Fragen der sog. zweiten Ausländergeneration zur Diskussion.

Daneben finden regelmässig je zweimal jährlich Aussprachen mit den Ausländerorganisationen einerseits und mit den kantonalen, regionalen und kommunalen Arbeitsgemeinschaften andererseits statt. Um die Zusammenarbeit mit den letzteren zu vertiefen, besteht ausserdem seit bald zwei Jahren ein von der IGSA (Interessengemeinschaft der Beratungs- und Kontaktstellen Schweizer-Ausländer) und der EKA ins Leben gerufener Koordinationsausschuss.

Schliesslich sind die Mitarbeiter unseres Sekretariats und immer wieder auch die Kommissionsmitglieder bemüht, durch Pflege regelmässiger Kontakte und durch Teilnahme an zahlreichen Veranstaltungen sämtliche Bestrebungen zu unterstützen, die zur Lösung von Eingliederungsproblemen beitragen können. Im Vordergrund stehen Konferenzen, Referate und Arbeitstagungen, die von kirchlichen und sozialen, privaten, halbstaatlichen oder staatlichen Organisationen, von Frauenverbänden, Ausländerorganisationen und zahlreichen weiteren Institutionen durchgeführt werden.

Zur Vorlage "AUSLAENDER IN DER GEMEINDE"

Und nun zum eigentlichen Zweck unserer heutigen Zusammenkunft. Im Jahre 1975 schuf die EKA eine ad hoc-Arbeitsgruppe zur Förderung der gesellschaftlichen Eingliederung der Ausländer in den Städten und Gemeinden. In dieser Arbeitsgruppe sind neben der EKA die Schweizerische Konferenz für öffentliche Fürsorge, der Schweizerische Städteverband, der Schweizerische Gemeindeverband, der Schweizerische Verband der Bürgergemeinden und die Arbeitsgemeinschaften und Kontaktstellen für Schweizer und Ausländer vertreten.

Als wesentlichstes Ergebnis ihrer umfangreichen Abklärungen und nicht zuletzt auch ihrer Gespräche mit den Ausländern ist das Projekt "AUSLAENDER IN DER GEMEINDE" zu werten. Die Idee beruht einerseits auf dem Grundgedanken, dass da, wo die Menschen wohnen und leben, auf Gemeindeebene, die besten Voraussetzungen vorhanden sind, um das gegenseitige Verständnis zwischen Schweizern und Ausländern zu fördern. Das Projekt fusst andererseits auf der Einsicht, dass die Einwohnergemeinden gegenüber den Ausländern, die durchschnittlich immer noch einen Siebentel der Bevölkerung ausmachen, auch eine besondere Verantwortung tragen. Mit dem Handbuch "AUSLAENDER IN DER GEMEINDE" möchten wir nun den Behörden Wege aufzeigen, wie sie ihre Verantwortung gegenüber den Ausländern noch bewusster und besser wahrnehmen und auch all die auftauchenden Probleme noch erfolgreicher lösen könnten. Gerade im Hinblick auf die zweite Einwanderergeneration sollte nichts unversucht bleiben, was zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beiträgt und die Eingliederung der Ausländer erleichtert. Dies liegt nicht nur im Interesse der Ausländer, sondern unseres Landes überhaupt, das auf eine möglichst vielfältige und gute Kommunikation zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen angewiesen ist. Wir sind überzeugt, dass wir mit unserem Anliegen auf offene Ohren stossen; durften wir doch bei einer früheren umfassenden Umfrage feststellen, dass den Gemeinden und Städten dieses Anliegen wichtig ist.

Ich will aber den Herren, die Ihnen darüber besser Aufschluss geben können, nicht vorgreifen. Ich möchte abschliessend den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, allen voran ihrem Präsidenten, Herrn de Torrenté, und Herrn Ryter, der zusammen mit dem Sekretariat die Hauptlast der Redaktion getragen hat, den besten Dank für ihre ausgezeichnete Arbeit aussprechen. Unsere Anerkennung gebührt auch den Dachverbänden der Städte, Gemeinden und Bürgergemeinden für ihre tatkräftige Mithilfe bei der Ausarbeitung des Handbuchs und dessen Verbreitung.

\* \* \*

